

# Calmer Tagblatt

Nr. 244      Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.      97. Jahrgang.  
Veröffentlichungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 10 Pf. —  
Schließen Nr. 30. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 % — Fernspr. 9.  
Donnerstag, den 19. Oktober 1922.      Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 315.—, vierteljährlich, Postbezugs-  
preis M. 315.— mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Die bayerische Regierung hat eine Denkschrift an die Reichsregierung gerichtet, in der sie zum Zwecke der Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers durchgreifende Maßnahmen fordert. Der Wucher soll mit Zuchthaus bestraft werden, namentlich aber sollen gegen die Preistreiberien der monopolistischen Syndikate und Kartelle strenge Kontrollmaßnahmen ergriffen werden. Weiterhin sollen auf dem Gebiete der Preisbildung, Gehälter und Löhne Beschränkungen durchgeführt, und so eine bis zu gewissem Grade zwangsmäßige Inlandswirtschaft wieder errichtet werden.

Die Mehrheitsparteien, die Deutsche Volkspartei und die bayerische Volkspartei wollen nun einen Antrag im Reichstag einbringen, daß die Reichspräsidentenwahl bis zum 30. Juni 1925 verschoben wird. Da es sich hier um eine Verfassungsänderung handelt, so ist eine Zweidrittel-Mehrheit zur Annahme nötig, die jedoch durch das Einverständnis der vor genannten Parteien gesichert erscheint.

Ueber die englische Regierungskrisis aus Anlaß der Vorgänge im Orient sind auch heute noch keine klaren Angaben vorhanden. Es scheint, daß Lloyd George zur Zeit nicht die Absicht hat, zurückzutreten, dagegen gegebenenfalls das Parlament aufzulösen, um eine neue Volksvertretung über seine Politik urteilen zu lassen.

Die Annäherungspolitik Frankreichs an Rußland hat in England noch mehr Aufsehen erregt als das eigentliche Verhalten der Franzosen zur Orientfrage. Man fürchtet eine vollständige Isolierung Englands und damit eine gefährliche Bedrohung des gesamten englischen Besitzes im Orient und Indien. Daher die scharfen Angriffe gegen Lloyd George, dem man die Schuld an der für England so ungünstigen Entwicklung der außerpolitischen Lage zuschiebt.

## Reparationsfrage. — Orientkrisis.

In der auswärtigen Lage ist zur Zeit eine gewisse Entspannung eingetreten. Wie lange sie dauert, kann niemand sagen, denn Konfliktstoffe liegen überall in der Luft. Die Griechen haben erklärt, daß sie Thrazien nicht in der festgesetzten Frist räumen können, weil die französische Eisenbahngesellschaft angeblich nicht genügend Wagen zur Verfügung gestellt habe. Die Auseinandersetzungen zwischen England und Frankreich über die Orientfrage haben zu einer Kabinetskrisis in London geführt, die Reparationsfrage nimmt ebenfalls wieder Formen an, deren Charakter auf keine leichte Lösung schließen läßt, und das umso weniger, als anscheinend Amerika keinerlei Lust zeigt, die alliierten Schulden zu freieren. Nun hat der englische Vertreter bei der Reparationskommission den Vorschlag gemacht, Deutschland auf 5 Jahre die Reparationsleistungen zu stunden, damit es seine Finanzwirtschaft in Ordnung bringen und damit auch seine Währung stabilisieren könne. Die Franzosen haben angesichts des katastrophalen Marksturzes natürlich auch eingesehen, daß Deutschland die seit her geleisteten Zahlungen nicht weiter tragen kann, sie wollen aber das Zugeständnis dieser Erkenntnis mit neuen Rechten bezahlt haben, und zwar einmal mit der Einschränkung eines strengeren Kontrollrechts über unsern Staatshaushalt und unsere Ausfuhr und zum andern mit der Verlängerung der Besetzungsfrist. Die Verlängerung der Besetzungsfrist würde also wieder neue Milliarden verschlucken, vor allem aber den Franzosen die gewünschte Gelegenheit liefern, ihre Franzosierungspläne im Rheinland und Saargebiet fortzusetzen.

Um diese letztgenannten Pläne möglichst ohne Hemmungen durchführen zu können, hatte man sich mit den Türken verständigt, und zwar unter dem Vorwand, daß der Besitz von „Mandaten“ im Orient für Frankreich keinen Zweck habe, weil die französische Bevölkerung zur militärischen Besetzung dieser Gebiete nicht ausreiche. Frankreich will also seine ganze Kraft auf die dauernde Besetzung des Rheinlands und Saargebiets, und im Zusammenhang damit die dauernde Niederhaltung Deutschlands setzen, wodurch es für immer die Vorherrschaft in Europa besitzen würde. Es scheint nun, daß die Franzosen durch das schon vor einem Jahr geschlossene Abkommen mit den türkischen Nationalisten einen Schachzug gegen England führen wollten, das sich anfänglich diesen Plänen — selbstverständlich nicht um Deutschlands willen — widersetzt hatte. Jetzt wird nun gemeldet, daß Frankreich für die Unterstützung Englands in der Meerengenfrage — man betrachte das ordinäre Doppelspiel gegenüber der Türkei — gewisse Zusicherungen bezüglich des Rheinlands erhalten habe.

Angeichts der Gefahr eines russisch-türkischen Zusammengehens machte Frankreich nun den zweiten Schachzug, nämlich den Versuch der Wiederannäherung an Rußland, zuerst auf wirtschaftlichem Gebiete, aber selbstverständlich mit dem Ziele einer politischen Verständigung. Der zu dem Zweck nach Moskau entsandte Abgeordnete Herriot hat sich über das Ergebnis seiner Verhandlungen äußerst optimistisch ausgesprochen, er behauptet, daß die russische Regierung grundsätzlich zur Anerkennung der Vorkriegsschulden an Frankreich bereit sei, und daß sich zweifellos wieder gute Beziehungen zwischen beiden Ländern anbahnen würden. Inwiefern dieser Optimismus seitens der Franzosen berechtigt ist, ist nicht festzustellen. Es ist allerdings anzunehmen, daß die Russen, die auf äußere Hilfe zwecks Aufbaus ihrer Industrie, wie überhaupt der gesamten Volkswirtschaft angewiesen sind, sich auf wirtschaftlichem Gebiete zu Zugeständnissen verstehen, aber daß sie den plötzlichen Gesinnungswechsel der Franzosen mit derselben Raschheit in ihrer politischen Bilanz in Rechnung stellen könnten, das vermögen wir angesichts der Gerissenheit der Bolschewisten und angesichts ihres zweifellos sicheren Urteils über den Charakter der Freundschaftsanwandlung Frankreichs, dessen Randstaatenpolitik doch nicht nur gegen Deutschland sondern auch gegen Rußland gerichtet ist, nicht ohne weiteres anzunehmen. Wir erinnern an den Abschluß des englisch-russischen Wirtschaftsabkommens, das im Hinblick auf die Haltung Englands in bezug auf die Dardanellenfrage von der bolschewistischen Regierung einfach nicht ratifiziert worden ist. In der „Swesjija“, dem Hauptorgan der Bolschewisten wurde vor einigen Wochen schon auf die Verschärfung der englisch-französischen Beziehungen hingewiesen, indem man auf die Gefahr der französischen Vorherrschaft in Europa für England aufmerksam machte, wodurch letzterer Staat gezwungen sein werde, den Russen wirtschaftliche Konzessionen zu machen. Rußland sucht nun eben die englisch-französischen Gegensätze im Orient für sich auszunützen.

Daß die Bolschewisten bei ihren Verhandlungen mit den beiden Ententestaaten sich stets des imperialistischen Charakters ihrer Politik bewußt sind, beweist ihre planmäßige Orientierung nach Osten. So hat vor kurzem ein Besuch des Kultministers der Angoraregierung in Moskau stattgefunden; anlässlich eines Abschiedessessens, zu dem auch die Gesandten Persiens und Afghanistans geladen waren, bedankte sich der türkische Vertreter für den herzlichsten Empfang in Moskau, und erwähnte, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei in der letzten Zeit an Innigkeit gewonnen hätten. Diese Freundschaft habe für sämtliche Völker des Orients in ihrem Kampfe gegen den westlichen Imperialismus die größte Bedeutung. Wir sehen, daß im gesamten Osten der Imperialismus der Entente erkannt worden ist, und die Organisierung der Gegenallianz sich nicht durch noch so feine Schachzüge Frankreichs oder Englands wird aufhalten lassen. Auch mit China scheinen die Bolschewisten freundschaftliche Beziehungen anzubahnen. Sie haben den tüchtigen ehemaligen Bolschewisten in Berlin, Toffe, nach China entsandt, um ein russisch-chinesisches Einverständnis gegen den westlichen Imperialismus zu schaffen, unter dem China ebenso wie Rußland zu leiden habe.

Es fragt sich nun, welchen Einfluß dieser Zusammenschluß der Ostvölker auf die Ententepolitik gegenüber Deutschland haben wird. Wir haben schon vor einiger Zeit Pariser Meldungen widergegeben, wonach sich in Frankreich eine gemäßigte Politik in der Reparationsfrage anbahnen soll. Ob das zutrifft, ist von hier aus nicht zu beurteilen, daß aber seit einiger Zeit auch die b u r g e r l i c h e n Linien gegen die Gewaltspolitik Poincaré's Front macht, steht fest. Es wird auch bereits davon gesprochen, daß Poincaré nach und nach seine Reparationspolitik auf das Maß der Erfüllungsmöglichkeit zurückzuführen will, sodas das Entschädigungsproblem in eine ruhigere Bahn geleitet werden könnte, die England im Interesse der „Pazifizierung“ Europas schon lange angestrebt hat. Wenn die Franzosen endlich auf diesen Weg kommen sollten, — man wird nach dieser Richtung sehr skeptisch sein müssen — dann ist es sicherlich nicht die eigene Moral, sondern der mehr oder weniger sich geltend machende Zwang der sich im Osten gegen den Ententeimperialismus bildenden Gegenallianz, auf deren Entwicklung nun die Alliierten ihr Hauptaugenmerk zu richten haben. Daß bei den Alliierten, die zum Zwecke einer Trennung der Ostvölker seitens des einen oder andern der Alliierten durchgeführt werden, Deutschland, das heute nur Objekt der Politik ist, weiter gedrückt wird, liegt nahe, es kann aber bei geschickter Führung unserer Außenpolitik mit der Zeit auch eine Erleichterung unserer Lage erreicht werden. O. S.

## Eine Denkschrift der bayerischen Regierung an die Reichsregierung. Vorschläge zur Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers.

München, 19. Okt. Die bayerische Staatsregierung richtete an die Reichsregierung eine Denkschrift, die sich zunächst mit den ganz besonders in Bayern verhängnisvoll sich geltend machenden Auswirkungen der Teuerungskatastrophe beschäftigt. Die Denkschrift betont, daß an dem Worte des Reichskanzlers „Erst Brot, dann Reparationen“ unter allen Umständen festgehalten werden müsse. Ebenso dürfe nicht die Wirtschaft, sondern der Staat herrschen. Als Maßnahmen zur Verhütung der weiteren Verschlechterung der Mark und zur Hebung ihres Wertes bringt die bayerische Regierung in Vorschlag: 1. Sicherung der Ruhe und Ordnung im Innern. 2. Strengste Sparsamkeit im Reichshaushalt durch Vereinfachung der Verwaltung und Einschränkung des Aufgabekreises des Reichs auf das unbedingt Notwendige, Unterlassung aller nicht unbedingt notwendigen Neueinrichtungen und Beseitigung der Defizitwirtschaft der öffentlichen Betriebe. 3. Möglichste Verhinderung der Ausfuhr lebenswichtiger Waren, deren Bedarf im Inland nicht vollständig gedeckt ist. 4. Hebung der inländischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung und ihre Einstellung auf das Unentbehrliche, Veredelung des Achtstundentages unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung desselben. 5. Einschränkung des inländischen Bedarfs auf das Unentbehrliche. 6. Verhinderung der Einfuhr von Luxuswaren. 7. Möglichste Heranziehung der Ausfuhr zur Deckung der unentbehrlichen Einfuhr. 8. Verbot der Fakturierung und Zahlung in ausländischer Währung für den gesamten inländischen Verkehr. 9. Außerdem schlägt die bayerische Regierung als Repressiv- und prophylaktische Maßnahme gegen die Auswüchse der Geldsucht und gegen das rücksichtslose Streben nach eigener Sicherstellung vor: 1. Strenge Ueberwachung der Verbände, Kartelle, Syndikate in Industrie und Handel, insbesondere ihrer Preisfestsetzung im Wege hoher Strafen und Erlass einer voraussehenden Notverordnung. 2. Preisüberwachung auch im übrigen Verkehr. 3. Schärfste Bekämpfung des Wuchers mit Zuchthaus, Ausweisung, Arbeitshaus, Vermögensbeschlagnahme und Schließung des Betriebs als Strafmittel. 4. Verringerung und Säuberung des Zwischenhandels. Die Denkschrift betont schließlich, daß alle diese Vorschläge nur Linderung des Übels, aber keine Heilung bringen können, und fährt fort: Die Endursache des Übels liegt in unseren Reparationsverpflichtungen, in dem Verhältnis zwischen inländischem Verbrauch und inländischer Produktion, durch welches die Passivität unserer Zahlungsbilanz bewirkt wird. Unter diesen Umständen ist der Vorschlag einer künstlichen Stabilisierung des inländischen Preisniveaus wohl einer eingehenden Prüfung wert. Dieser Vorschlag läuft darauf hinaus, den gesamten Devisenverkehr zum Zwecke strengster Sparsamkeit und schärfster Einschränkung der Einfuhr zu zentralisieren. Alle inländischen Preise, Gehälter und Löhne sollen ferner auf ihre damalige Höhe, allenfalls unter Beziehung auf die Friedenspreise und Friedenslöhne behördlich festgesetzt werden. Auf eine solche Weise könnte der Einfluß des Auslandswerts der Mark auf den inländischen Wert abgeriegt werden, ohne daß die Volkswirtschaft im ganzen dadurch zu Schaden käme.

## Luberjac in Berlin.

Berlin, 18. Okt. Senator Luberjac, der gestern in Berlin eingetroffen ist, um mit Stinnes über gewisse Ausführungseinzelheiten des kürzlich abgeschlossenen Abkommens sich ins Benehmen zu setzen, stattete heute dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler Höflichkeitsbesuche ab. Beide drückten ihm ihr Interesse an der Verwirklichung des Abkommens aus.

## Frankreich und die Reparationsfrage.

Paris, 18. Okt. Nach dem „Figaro“ besteht noch immer die Absicht, durch Barthou am Freitag in der offiziellen Sitzung der Reparationskommission den französischen Plan einzubringen, der sich jedoch auf die Fragen beschränken werde, für die die Kommission direkt zuständig sei, und der absichtlich diejenigen Punkte außer Acht lassen werde, die nur durch eine interalliierte Konferenz geregelt werden könnten. Barthou habe dem Vertreter des Blattes erklärt, es werde jedenfalls nichts unternommen werden, was den Erfolg der Brüsseler Konferenz gefährden könne. Der ehemalige Minister für die befreiten Gebiete, Loucheur, äußerte sich einem Vertreter des „Figaro“ gegenüber dahin, daß die Engländer seinerzeit als er, Lou-

erte Ehre, rechtmäßig  
rt ihn zu trockenem,  
lmäßigkeit, Sauber-  
ommt uns aus dem  
Charakterzug unserer  
n zu pflegen. Wies-  
lotter, großherziger  
llen der Arbeit, die  
end mildern, ja der  
s muß soweit kom-  
feiner Hand hervor-  
mal wiederholt.  
e Phantastie. Kann  
wirtschaftlich mög-  
verzichten, die eben  
nach niemals im  
kann? Darauf gibt  
e erkennen und das  
das Kunsthandwerk  
sich. Warum auch  
Kohlförmen, deren  
n kann. Wenn nur  
n Tun, Denken und  
ten, die es angeht:  
ndlich Ernst machen  
en soll. Die Volks-  
blikum zu schaffen,  
erständnis für künst-  
die schon heute viel-  
eingeschlagen haben  
Einheit von Kunst  
Die Künstler und  
handwerk Ernst ist,  
n Verein die rechte  
Trägern einer ge-  
nen.  
Handwerk Schwab-  
auf ist. Es ist nur  
der Strom im rich-  
llen Seiten.  
Pfleiderer.  
m an n, Calw.  
eudert, Calw.  
g.  
ung  
r-  
als  
ber 1922  
Uhr  
t.  
R. V.  
erordentliche  
ammenkunft  
eitag, den 20. Okt.  
/4, Uhr im „Bürger-  
Um vollzähliges  
en wird gebeten.  
esserer  
nzstunde  
sich noch einige Damen  
ren beteiligen.  
bildungen unter B. C.  
die Geschäftsstelle  
erbeten.  
ebirgsstiefel  
45-46, auch wenig  
zu kaufen gesucht.  
fragen auf der Ge-  
elle dieses Blattes.  
was Gutes  
re u. Haarboden ist  
echtes  
esselhaarwasser  
den 3 Brennesseln  
und feinstes  
kenhaarwasser  
tto Vinçon, Calw.

Heur, das jetzt von Braddurg wieder aufgenommene System der Stabilisierung der Mark vorgetragen habe, das dann seitens Sir Robert Hornes seine Ablehnung erfahren habe, sich über die Wichtigkeit der Frage nicht klar geworden seien. Seitdem hätten sie begriffen, daß es ohne vorherige Stabilisierung der Mark völlig unmöglich sei, die Reparationsfrage aufzurollen. Das habe er immer behauptet und werde es demnächst auf der Kammertribüne wiederum feststellen.

### Die wirtschaftlichen Bestrebungen Frankreichs bezüglich Rußlands.

Moskau, 18. Okt. Die französische Holzindustrie richtete an den Petersburger Holztrust eine Anfrage über die Möglichkeit russischer Holzexporte und die Wiederaufnahme des normalen Geschäftsverkehrs.

### England und die französischen Annäherungsversuche an Rußland.

London, 18. Okt. Der gestrige Artikel des „Temps“ über Rußland wird in der englischen Presse ziemlich beachtet. Der Berliner Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt, überall in Paris werde angekündigt, daß Verhandlungen bezüglich der Anbahnung der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland bevorstehen. Der Zeitpunkt sei nicht weit entfernt, wo offizielle Annäherungsversuche der Sowjetregierung ein bereitwilliges Ohr im französischen Ministerium finden würden. Seit der Moskauer Konferenz habe eine entscheidende Aenderung in der Hauptrichtung der französischen auswärtigen Politik stattgefunden. — Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, in der Aufregung der Wahlkampagne dürfe Großbritannien nicht die internationale Entwicklung aus dem Auge verlieren. Wenn die frischen Diplomaten nicht aufwachen, so würde sich England bald in einer Situation befinden, die umso unangenehmer wäre, weil sie aus eigener Schuld entstanden sei.

London, 18. Okt. „Daily News“ berichten aus Riga, Moskauer Telegramme meldeten, daß infolge des günstigen Eindrucks, den der französische Abgesandte Herriot über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Rußland gewonnen habe, erwartet werde, daß ein französisch-russisches Handelsabkommen demnächst erörtert werden würde.

### Die englische Regierungskrisis.

London, 18. Okt. Der Vollzugsausschuß des National-Unionistischen Verbands hat eine Entschließung angenommen, wodurch der Vorsitzende des Verbands angewiesen wird, unverzüglich eine Konferenz einzuberufen. „Evening Standard“ schreibt wenn Bonar Law an der morgigen Versammlung teilnehmen sollte, werde er klarmachen, daß es seine Hauptaufgabe sei, die Solidarität der Unionistischen Partei aufrecht zu erhalten. Nach Ansicht des politischen Berichterstatters des Blattes erscheint es sicher, daß Lloyd George nach der morgigen Zusammenkunft der Konservativen im Carltonklub dem König die Auflösung des Parlaments anraten wird.

### Englandfeindliche Rundgebungen in Persien.

Moskau, 18. Okt. Nach einer Meldung aus Teheran ist in Persien ein scharfer Konflikt zwischen den Militärbehörden und der Regierung ausgebrochen. Der Sicherheitsdienst ist eingesetzt. Man erwartet Ausschreitungen. In Teheran hat eine gewaltige englandfeindliche Rundgebung anlässlich der Ankunft führender mesopotamischer Nationalisten stattgefunden.

### Vor dem Einzug der türkischen Nationalisten in Konstantinopel?

Paris, 18. Okt. Wie das „Journal des Débats“ aus Konstantinopel erfährt, soll Mustapha Kemal Pascha die Absicht haben, bei seinem Einzug in die Stadt den Verkauf von Likören und Weinen zu verbieten.

### Amerikas verblichene Mitarbeit am Völkerbund.

Paris, 18. Okt. Havas meldet aus Washington, im Weißen Haus werde erklärt, die Vereinigten Staaten würden jede Einladung zur offiziellen Teilnahme an den Arbeiten der Völkerbunds-Kommissionen annehmen, wenn sich die Kommissionen mit Angelegenheiten beschäftigen, die die Vereinigten Staaten interessieren. Den Anlaß zu dieser Erklärung gebe die kürzliche Ernennung des amerikanischen Regierungssachverständigen zum offiziellen Vertreter der Vereinigten Staaten in der Völkerbunds-Kommission für die Krankheiten der Kohlenarbeiter.

### Die Räumung Sibiriens durch die Japaner.

Moskau, 18. Okt. Aus Tschita wird der Beginn der Räumung Wladiwostoks durch die Japaner gemeldet. Die 6. Division ist bereits verladen. Am 25. Oktober verläßt der letzte Transport den Hafen von Wladiwostok. Gleichzeitig mit den bisherigen japanischen Behörden verläßt die japanische Militärmission Charbin.

## Ausland.

### Verbot des Ankaufs deutscher Mark in Frankreich.

Paris, 18. Okt. Havas meldet, der französische Finanzminister habe in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den jeder Ankauf von deutscher Mark in Frankreich verboten werde, außer wenn er zur Ausführung von Handelsoperationen diene. In diesem Falle könne die Ermächtigung zu Markkäufen von den Handelskammern erteilt werden.

### Französische Mitteilungen über den Ausverkauf deutschen Grundeigentums.

Paris, 18. Okt. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Souffier über den Anheimfall von deutschem Grundeigentum an Ausländer teilte der französische Finanzminister im „Journal Offi-

## Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Herren Ortsvorsteher

werden auf den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 12. Oktober ds. Js. betr. die Vorarbeiten zur Wahl des Reichspräsidenten im Staatsanz. Nr. 240 aufmerksam gemacht.

Die für die Reichs- und Landtagswahl vom 6. Juni 1920 hergestellten Wählerlisten und Wahlparteien, die sich in den Gemeindegemeinschaften befinden, können nach Ergänzung und Berichtigung in der in § 65 der Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten vom 25. Oktober 1920 (R.G.B. S. 1789) bezeichneten Weise wieder verwendet werden, wenn dadurch keine wesentliche Erschwerung der Stimmabgabe zu befürchten ist. Ebenso kann die bei der letzten Reichs- und Landtagswahl getroffene Abgrenzung der Wahlbezirke beibehalten werden.

Ca l w., den 16. Oktober 1922.

Oberamt: G 5.

ciel“ mit, daß von der Zahl der Bodenverkäufe an Ausländer 48 Prozent auf Holländer, 10 Prozent auf Luxemburger, 7 Prozent auf Engländer, 6 Prozent auf Amerikaner, 3,7 Prozent auf Schweizer und 2,8 Prozent auf Spanier entfallen. Die französischen Käufe machten 9 Prozent aus.

### Die Spanier in Marokko.

Madrid, 19. Okt. Alle Schiffseinheiten, die in Cartagena und Ferral angekommen sind, haben Befehl erhalten, nach Melilla abzufahren zur Teilnahme an dem Vorgehen gegen Alhuzemas. — Melilla ist ein spanischer Kriegshafen an der Nordküste Marokkos.

### Besserung des englischen Handels.

London, 17. Okt. Lloyd George hielt gelegentlich der Eröffnung des neuen Amtsgebäudes der Londoner Hafenbehörde eine Rede, in der er u. a. sagte, der Handel habe sich nach und nach. Man könne wieder besseren Zeiten und größerer Wohlfahrt entgegensehen.

### Einjährige Wehrpflicht in Finnland.

Helsingfors, 18. Okt. Der Reichstag hat in 2. Lesung das Gesetz über die Wehrpflicht angenommen, das die allgemeine Wehrpflicht auf ein Jahr festsetzt.

### Untergang eines holländischen Dampfers.

Stockholm, 18. Okt. Der holländische Dampfer „Cornelis“ ist bei Grundfallen gestrandet und gesunken. Man glaubt, daß die Besatzung von 29 Mann umgekommen ist.

## Die Erziehung zum Deutschenhaß in Belgien.

Die chauvinistische Verheugung der Jugend durch Wort und Schrift und unter Benützung der Schule ist in Belgien so stark, daß sie auch von belgischen Blättern lebhaft gemißbilligt wird. So veröffentlicht das Brüsseler Sozialistenblatt „Le Peuple“ in seiner Nummer vom 10. Oktober einen Artikel „Der Haß in der Schule“, in dem ein von zwei Herren „Alexander und de Néve“ herausgegebenes „Geographiehandbuch für Schulzwecke“ scharf kritisiert wird. Nichts kann die Berechtigung dieser Kritik besser zeigen, als die Wiedergabe einiger Stellen, an denen dieses „Schulhandbuch“ von Deutschland spricht. Der „Peuple“ hat zwei kurze Auszüge aus dem Machwerk der beiden belgischen Pädagogen veröffentlicht; aber diese Auszüge, so kurz sie auch sind, sagen alles.

Hören wir zunächst, was über die deutsche „Rasse“ gesagt ist: „Außerhalb der Gesellschaft der Nationen“, so lesen wir, „befinden sich die Deutschen! Diese Verbrecher, die im Laufe der Geschichte immer die Welt heunruhigt haben! Man muß sie unter die Kategorie derjenigen Völker rechnen, die unfähig sind, sich selbst zu regieren, und man muß sie völlig auf dieselbe Stufe mit den Negern und Papuas ihrer früheren Kolonien stellen. Aber diese haben wenigstens noch ein Herz!“ An einer anderen Stelle heißt es: „Die Bevölkerung Deutschlands gehört größtenteils der germanischen Völkerfamilie an, deren Vertreter sich immer schon, Jahrhunderte hindurch, durch die Grausamkeit, Treulosigkeit, Lügenhaftigkeit u. Vertragsbrüchigkeit ausgezeichnet haben.“

Schon diese beiden kleinen Proben dürften beweisen, daß der Haß, der in den belgischen Schulen gepflegt wird, mindestens hinter dem, mit dem man die französische Jugend vergiftet, nicht zurücksteht. Was die beiden wackeren Schulmänner aber anlangt, so charakterisiert sie das Brüsseler Sozialistengesetz folgendermaßen: „Wenn Herr Alexandre sich vorstellt, alle Deutschen seien durch eine gewisse Bestimmung der Vorsehung dazu verdammt, unaufhörlich bis zum jüngsten Gericht alle eingegangenen Verträge zu brechen, und wenn Herr de Néve das Deutschland Goethes und Einsteins auf dieselbe Kulturstufe mit den Papualändern stellt, so sind das Ansichten, nach denen niemand fragen wird und über die niemand sich aufhält. Wenn man aber unter dem Vorwand der „Erziehung“ unseren Knaben und Mädchen diese bössartigen Dummheiten vorsetzt und ihre Unerschaffenheit gebraucht, um ihnen dies noch glaubhaft zu machen, so ist das nicht nur ein Vertrauensmißbrauch schlimmster Art, sondern es zeugt auch von einem geradezu evidenten Mangel an pädagogischem Ehrgefühl.“

Wir können dem Urteil des „Peuple“ nur beipflichten. L.S.

## Deutschland.

### Die Verschiebung der Reichspräsidentenwahl gesichert.

Berlin, 18. Okt. Wie wir erfahren, haben in der Frage der Wahl des Reichspräsidenten die Reichstagsfraktionen

der Regierungsparteien mit Zustimmung der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei beschlossen, im Reichstag einen gemeinschaftlichen Antrag einzubringen, durch den Artikel 180 der Verfassung dahin abgeändert werden soll, daß der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident sein Amt bis zum 30. Juni 1925 weiterführt. Der Antrag ist heute Abend, unterzeichnet von dem Vorsitzenden der genannten Parteien, dem Reichstag zugegangen.

### Zur Frage der Schaffung eines wertbeständigen Papiers.

Die „Südd. Zeitung“ schreibt: Das neue Projekt einer inneren Goldanleihe, das jetzt verwirklicht werden soll, ist im Reichswirtschaftsrat entstanden und hat, wie wir hören, den Staatssekretär Hirsch zum Verfasser. Der Zweck der Anleihe ist es, Kapitalien in deutschen Werten festzuhalten und die Abkehr vom Einkauf ausländischer Devisen zu beschleunigen. Als Deckung sind 999 Millionen Gold, die in der Reichsbank vorhanden sind und die Verpfändung der Goldwerte der Industrie vorgezogen. Die Industrie steht, wie wir hören, der zweiten Garantie ablehnend gegenüber und sie soll in dieser Beziehung bis vor wenigen Tagen, die Unterstützung des Reichsfinanzministers Hermes befehlen haben. Es soll jedoch gelungen sein, Dr. Hermes in seinem Widerstande zu erschüttern. Das Reichskabinett hat sich gestern erstmals ernsthaft mit dem schon lang bestehenden Gedanken beschäftigt, ein wertbeständiges deutsches Goldpapier zu schaffen. Nach dem Verlauf der gestrigen Besprechungen ist anzunehmen, daß der Plan auch in die Tat umgesetzt wird. Deutschland würde auf diese Weise zu einer Doppelwährung gelangen, da neben dem bisherigen Papiergeld dann auch Goldmark, der neue Dollar-Ersatz, umlaufen würde. Inwiefern diese Maßnahme geeignet sein wird, die Papiermark zu stützen, wird die Praxis zeigen müssen. Ähnliche Versuche, die bereits in anderen Staaten gemacht wurden, haben aber kein besonders ermutigendes Ergebnis gezeigt.

### Maßnahmen zur Linderung der Milchnot.

Berlin, 18. Okt. Ein Rundschreiben des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft an die Landesregierungen befaßt sich mit den zur Linderung der Milchnot zu treffenden Maßnahmen. Es ist der Erlaß einer Verordnung beabsichtigt über die Konzessionierung des Butter- und Milchhandels. Dagegen soll von einer Festsetzung von Höchstpreisen für Butter und Milch durch das Reich bis auf weiteres abgesehen werden. Jedoch wird darauf hingewiesen, daß die Festsetzung von Höchstpreisen schon jetzt durch die Landeszentralbehörden oder die von ihnen beauftragten Unterbehörden auf Grund des Höchstpreisesgesetzes möglich ist. Endlich werden die Landesregierungen ersucht, Verfügungen gegen die Verwässerung und Verfälschung von Vollmilch zu treffen. Die der Reichsgetreidebestelle und den Kommunalverbänden zur Verfügung stehende Kleie soll lediglich der Beförderung der landwirtschaftlichen Betriebe, die Umlagegetreide abfeuern, in erster Linie zur Erhebung der Milchproduktion und zur Verteilung an Milchnotlandsgebiete verwendet werden.

### Der Gesetzentwurf zur Aenderung der Beamtenbesoldung.

Berlin, 18. Okt. Wie der „Lokalanzeiger“ mitteilt, ist der Gesetzentwurf betreffend die Aenderung der Beamtenbesoldung dem Reichstag zugegangen. Die Grundgehaltssätze betragen in Gruppe I 8700 bis 11500 Mark, in der Gruppe XII 37300 bis 56000 Mark monatlich. Die in diese Gruppe nicht einbezogenen Einzelgehälter beginnen mit 50000 M und steigern sich bis zur höchsten Gruppe auf 140000 M monatlich. Die Ortszuschläge werden in der Klasse A auf 2400 M in der ersten Gehaltsgruppe festgesetzt, sie steigern sich für jede weitere Gehaltsgruppe um 600 bis 6000 M. In der Ortsklasse B betragen die Zuschläge in der niedrigsten Gehaltsgruppe 1800 und steigern sich bis 4500 M, in der Ortsklasse C 1500 bis 3800 M, in der Ortsklasse D 1200 bis 3000 M und in der Ortsklasse E 900 bis 2000 M. Inzwischen haben, laut „Tageblatt“, einzelne Gewerkschaften an das Reichsfinanzministerium die Bitte gerichtet, möglichst umgehend über eine neue Teuerungssaktion für die Beamten und Staatsarbeiter Verhandlungen aufzunehmen. Das Reichsfinanzministerium erklärte jedoch, daß eine neue Teuerungssaktion vor Erledigung des Gesetzentwurfs durch den Reichstag nicht möglich sei.

### Freispruch.

Berlin, 16. Okt. Zwei ehemalige Offiziere des an der Niederwerfung der Berliner Märzunruhen beteiligten Freikorps Lüchow, Sigmund Czalla aus Erfurt und Wilhelm v. Derzen aus Berlin, hatten sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts I Berlin unter der Anklage des Totschlags zu verantworten. Der Anklage liegt die Erschießung zweier Bewohner der Holzmarktstraße, des Händlers Abrahamson und des Klempnermeisters Wallmann, zu Grunde, die auf Befehl des Leutnants Czalla, der zu dem Detachement des Stabsmeisters von Derzen gehörte, am 13. März vorgenommen wurde, weil bei den genannten Personen Waffen gefunden wurden. Beide Angeklagte beriefen sich zur Rechtfertigung ihrer Handlungsweise auf die Schießerklassen-Kosten und der Gardebataillonerschützenkompanie. Auf Antrag des Staatsanwalts sind beide Angeklagte freigesprochen worden.

Das „Calwer Tagblatt“ können Sie jederzeit bestellen.

Die Augen schreibt uns: Barleistungen erhöht worden annäher 500 (für 4 Wochen) auf 15 M zu beachten, in Höhe des 15 M pro des Stille 25 M täglich versicherte W kengelds, min stütungen we bei deren Ent Behandlung bezu. vom N ein Arztchein kanntlich erho mann oder B von Wochenf Reichs, wenn ist nunmehr steuerpflichtig ihr eigenes 1921 den Ja Entbindung fer Betrag er ren um 15 00 legt worden zu Grunde ge 29. Septembe erst von dies Wöhnerinnen bemittelt zu den worden Stillegeld nur einer Wöhne stützung, so e gleichhaft ist wochenhilfe) (Hemfürsorge) zum 65. Tag Wöhnerin, d Tag (etwa a Ende N Anschließ der stellung vor den unter 1 Wesen und alle Familien von Kindern Bedeckung de Wege leiten ten müssen Bürgererschule eingekandt r Das Re an Steuern lionen Mar liefen sich Schuld erhä Milliarden Zahlungen i 18) Nun möch denke, ob ihr oder ob ihr eure Antwort euch weiß ja, dessen an den niemand, der an der Arbeit liegen neben weil sie den haben. Glück sonst nicht sel und Brot ge großen Fund widerte sie; geschlafen. D fen, sonst gla wollen; ich machen denn sie machen? Was weiß ich der verkaufen dann kriegen fen will. D r ist, daß er ni zweibeintge hätten wir de Sa Schufe un

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 19. Oktober 1922.

### Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Die Allgemeine Orts- (Bezirks-) Krankenkasse Calw schreibt uns: Mit Wirkung vom 29. September 1922 an sind die Leistungen in der Wochenhilfe und Wochenfürsorge wiederum erhöht worden. Der einmalige Entbindungskostenbeitrag beträgt nunmehr 500 M. (seither 250). Das Wohngeld, das auf 71 Tage (für 4 Wochen vor und 6 Wochen nach der Geburt) gewährt wird, ist auf 15 M. (seither 6 bzw. 4.50 M.) festgesetzt worden, dabei ist zu beachten, daß selbstversicherte Wöchnerinnen ein Wohngeld in Höhe des ihnen zustehenden Krankengelds, mindestens jedoch 15 M. pro Tag erhalten. Das Stillgeld, welches für die Dauer des Stillens, höchstens jedoch für 85 Tage bezahlt wird, ist auf 25 M. täglich erhöht worden (seither 8 M.). doch bekommen selbstversicherte Wöchnerinnen ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengelds, mindestens aber 30 M. täglich. Neben diesen Barunterstützungen werden (schon bisher) für diejenigen Wöchnerinnen, bei deren Entbindung oder Schwangerschaftsbeschwerden ärztliche Behandlung notwendig ist, die Arztkosten von der Krankenkasse bzw. vom Reich übernommen. Dazu muß von der Krankenkasse ein Arztchein gelöst werden, der dem Arzt zu übergeben ist. Bekanntlich erhalten auch Wöchnerinnen, die selbst oder deren Ehemann oder Vater nicht Kassenmitglied sind, Wochenhilfe in Form von Wochenfürsorge durch die Krankenkasse auf Rechnung des Reichs, wenn sie als minderbemittelte gelten. Minderbemittelte ist nunmehr eine Wöchnerin, wenn ihr oder ihres Ehemannes steuerpflichtiges Gesamteinkommen oder, sofern sie allein steht, ihr eigenes steuerpflichtiges Gesamteinkommen im Steuerjahr 1921 den Jahresbetrag von 15 000 M. oder im Jahre vor der Entbindung den Betrag von 30 000 M. nicht überstiegen hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 15 000 M., falls der Betrag von 15 000 M. zu Grunde gelegt worden ist, und um 5 000 M., falls der Betrag von 30 000 M. zu Grunde gelegt worden ist. Für Entbindungsfälle, die vor dem 29. September eingetreten sind, ist das Wochen- und Stillgeld erst von diesem Tag ab in dem erhöhten Betrag zu bezahlen. Wöchnerinnen, die erst nach dem neun. Vorkristen als minderbemittelte zu gelten haben, aber vor dem 29. September entbunden worden sind, erhalten von diesem Tag ab das Wochen- und Stillgeld nur für den Rest der Bezugszeit. Berechnet man die einer Wöchnerin von der Krankenkasse zustehende Gesamtunterstützung, so ergibt sich für solche, die auf Grund der Kassenmitgliedschaft ihres Ehemannes Wochenhilfe erhalten (Familienwochenhilfe) und für minderbemittelte Wöchnerinnen (Wochenfürsorge) die Summe von 3690 M., vorausgesetzt, daß bis zum 65. Tage gestillt wird; diese Summe erhöht sich bei einer Wöchnerin, die selbst Mitglied der Kasse ist und z. B. 200 M. pro Tag (etwa als Fabrikarbeiterin) verdient, auf 9850 M.

### Aufruf nach Kinderzeichnungen.

Ende November wird im Landesgewerbemuseum im Anschluß von Kinderzeichnungen der Schweiz eine Ausstellung von Württembergischer Kinderzeichnungen stattfinden unter dem Titel „Die Bildsprache des Kindes, ihr Wesen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten“. Es werden alle Familien und Erzieher gebeten, selbständige Arbeiten von Kindern diesem Zwecke, der eine planmäßige, allseitige Weckung der schöpferischen Kräfte unseres Volkes in die Wege leiten soll, zur Verfügung zu stellen. Solche Arbeiten müssen bis spätestens 10. November an Karl Hils, Bürgererschule II, Heuffelstraße unter der Aufschrift „Kind“ eingekandt werden.

### Die Reichsfinanzwirtschaft.

Das Reich vereinnahmte in der ersten Oktoberdekade an Steuern, Zöllen usw. 5,38 Milliarden sowie 45,2 Millionen Mark auf die Zwangsanleihe. Die Ausgaben beliefen sich auf 44,26 Milliarden Mark. Die schwebende Schuld erhöhte sich um 38,82 Milliarden Mark auf 480,72 Milliarden Mark. Zur Beschaffung von ausländischen Zahlungsmitteln für die Erfüllung des Friedensvertrags

würden seit 1. April 42,67 Milliarden Mark aufgewendet. In der Berichtsbefade trat eine Rücknahme von 12,29 Milliarden Mark ein, da beschaffte Devisen für Bezahlung von Auslandsgetreide verwendet wurden.

### Von der Wohnungsnot.

Die Zahl der fehlenden Wohnungen beträgt in Deutschland jetzt weit über 1,5 Millionen. Da sie sich im Oktober 1920 auf rund 800 000 belief, hat sie sich in knapp zwei Jahren verdoppelt. Deutschland hat einen jährlichen Bedarf an Wohnungen von 160 000. Tatsächlich sind in den letzten vier Jahren insgesamt nur 180 000 neue Wohnungen geschaffen worden, während das im Herbst des vorigen Jahres im Reichstag angenommene Wohnungsprogramm die Einrichtung von jährlich 200 000 Wohnungen vorsah. — Infolge der Kriegsergebnisse hat aber auch eine gewaltige Einwanderung nach Deutschland stattgefunden, die ein bezeichnendes Licht auf die Schicksale der Deutschen außerhalb der gegenwärtigen Reichsgrenzen wirft und in wirtschaftlicher Beziehung umso schwerer wiegt, als Deutschland infolge des Versailler Friedens beträchtlich kleiner geworden ist. Die Zahlen beruhen auf möglichst genauen Schätzungen und Aufzeichnungen zahlreicher Hilfsorganisationen. Es kamen nach Deutschland 190—200 000 Auslandsdeutsche (darunter 20 000 aus den Kolonien), 120 000 Elsaß-Lothringer, 5000 aus anderen abgetrennten Gebieten, 70 000 Deutschstämmige aus Rußland, 20 000 Balten und dazu noch 50—60 000 Ostjuden, im Ganzen nahezu eine Million Menschen. Nicht eingerechnet sind die jüngsten Einwanderungen aus dem abgetrennten Teile Oberschlesiens. Dieser Einwanderungsziffer steht eine Zahl von 53 000 bis Ende 1921 Ausgewanderten gegenüber, von denen etwa 1/3 evangelischer Konfession sind.

### Segelflug auf der Schwäbischen Alb.

(S. B.) Münsingen, 17. Okt. Da der langgestreckte, steil abfallende Nordrand der Alb besonders geeignet für die Ausführung von Ueberlandflügen ist, will der Flugtechnische Verein Stuttgart demnächst versuchen, von der Münsinger Gegend aus Ueberlandflüge um den von dem Flugzeugbauer Fokker ausgesetzten Preis für den ersten motorlosen Ueberlandflug von 25 M. auszuführen. Das Stuttgarter Segelflugzeug, das hierzu verwendet wird, erfährt zurzeit noch einige bauliche Abänderungen, die sich auf Grund der Erfahrungen beim diesjährigen Rhönsegelflugwettbewerb nahegelegt haben. Nach Abschluß dieser Arbeiten soll das Flugzeug sofort hierher befördert werden.

Stimmzheim, 16. Okt. Heute wurde hier der frühere hiesige Gemeindepfleger, Thomas Bauer, der ein Alter von 90 Jahren erreicht hat, zu Grabe getragen. Bis vor 14 Tagen war der Verstorbene noch in bewundernswerter Frische und Lebendigkeit, er war einer jener Gestalten, die in ihrer derben, urdeutschen Art Respekt einflößen, die aber leider immer seltener werden. Herzzerstehend war es, den hünenhaften aufrechten Greis mit seinen silbernen Locken wandern zu sehen; seine rüstigen Schritte gaben Zeugnis von einem energischen Charakter und festen Willen. 30 Jahre lang war der Verstorbene Gemeindepfleger in hiesiger Gemeinde. Für seine treuen Dienste erhielt er vor dem Kriege den Württemberg. Friedrichsorden. Nachdem im Jahre 1914 seine Ehefrau gestorben war, mit welcher er kurz zuvor die Goldene Hochzeit feiern durfte, zog er zu seinem Sohne, dem Oberlehrer Bauer in Merklingen. Hier blieb er bis zu seinem Tode. Seine Heimatgemeinde hat der Verstorbene innig geliebt und regen Anteil an den Begebenheiten in der Gemeinde genommen bis zu seinem Tode. Er war der letzte Ueberlebende von den Gründern des hiesigen Gesangsvereins und ließ es sich im vorigen Jahr nicht nehmen, an der Jubiläumfeier des hiesigen Gesangsvereins als 89jähriger teilzunehmen. Der Kriegerverein Stimmzheim, dessen Ehrenmitglied der

Verstorbene war, gab dem verdienten Manne das letzte Geleit und legte ihm einen Kranz am Grabe nieder. Wie schon erwähnt, starb Bauer in Merklingen, wurde aber seinem Wunsche gemäß in seiner Heimatgemeinde neben seiner treuen Gefährtin zur Ruhe bestattet. Die treffenden Worte des Geistlichen, Pfarrer Ueber, „Du frommer und getreuer Knecht, du bist über Wenigem getreu gewesen“ wollen auch wir zum ehrenden Andenken an den Verstorbenen bekräftigen. — Anlässlich der Schilderung einer Schlägerei von jungen Burtschen in Weilsberstadt wurde berichtet, daß zahlreiche Verhaftungen dieserhalb u. a. auch hier vorgenommen worden seien. Wir erfahren, daß hier niemand verhaftet wurde.

(S. B.) Benningen b. N., 18. Okt. Fahrenhalter und Hirschwirt Vogel von hier geriet beim Nachhausefahren von Benningen nach Benningen, dem Nedar entlang, in der Dunkelheit in den Fluß und ertrank. Er stieg vom Fuhrwerk ab, während seine Begleiter langsam weiterfuhr. Auf die Hilferufe eilten letztere herbei, konnten jedoch im Dunkeln keine Hilfe leisten. Das Aufsuchen des Ufers am frühen Morgen war ergebnislos.

(S. B.) Ulm, 18. Okt. Der Gemeinderat hat beschloffen, für 60 Millionen Mark Notgeld herauszugeben. Seit gestern sind die Scheine im Verkehr und ab und zu kann man schon einen neuen Tausender oder einen grünen Fünfhunderter sehen. Die Umlaufzeit ist vom Reichsministerium auf 2 Monate begrenzt worden, doch bleibt Verlängerung vorbehalten.

### Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

#### Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 2895 Mark, der Schweizer Franken auf 532 Mark.

#### Märkte.

(S. B.) Weilsberstadt, 18. Okt. Dem Viehmarkt waren 200 Stück zugeführt und zwar: 12 Schaffochsen, 32 Jungtiere, 36 Kälbinnen, 7 Kälberkühe, 36 ältere Kühe, 77 Stück Einfließvieh. Bezahlt wurde für Schaffochsen 90 000—97 000 M., jährige Jungtiere 28 000 bis 30 000, Kälberkühe 95 000—120 000, Kühe in Milch 85 000 bis 90 000 M., trächtige Kälbinnen 110 000—125 000, Einfließvieh 35 000—42 000, je das Stück. Trotz der dringenden Feldgeschäfte war der Markt gut besucht. — Der Schweinemarkt war mit 26 Käufer- und 684 Milchschweinen erfährt. Ein Paar Käufer kostete 16 000—19 000 M., Milchschweine 1. Sorte 7000 M., 2. Sorte 6500 M., 3. Sorte 4800 M. Verkauft wurde alles.

(S. B.) Ellwangen, 18. Okt. (Viehmarkt). Der Viehmarkt war sehr gut befahren mit 17 Faren, 138 Ochsen, 110 Stieren, 152 Kühen, 39 Kälbinnen, 174 Stück Jungvieh und 55 Kälbern, zusammen 725 Stück. Da die Großhändler fehlten, ging der Handel in Ochsen und Stieren ziemlich flau, auch in Kühen und Jungvieh wurde bei den hohen Forderungen kein großer Umsatz erzielt. Die Preisforderungen sind wieder gegen den letzten Markt bedeutend gestiegen. Verkauft und erlöst wurden für 1 Paar Ochsen mit 30 Ztr. 300 000 M., mit 25 Ztr. 270 000 M., mit 2730 Pfd. 275 000 M., 2860 Pfd. 292 000 M., mit 2470 Pfd. 260 000 M., mit 3090 Pfd. 309 000, 1590 Pfd. 157 510 M., ein Paar mit 31 Ztr. 320 000 M., 29 1/2 Ztr. 293 000 M., 31 Ztr. 920 000 M., ein Rind mit 780 Pfd. gleich 80 000 M., eine Kalbel mit 840 Pfd. 73 920 M., ein Farr mit 860 Pfd. 77 400 M., Kühe erzielten 100 000 bis 120 000 M. Mit der Bahn gingen ab 12 Wagen mit 162 Stück. (Zps- u. Jagstz.)

(S. B.) Buchau, 18. Okt. Der Viehmarkt war nur schwach befahren. Es kosteten Jungvieh 20 000—40 000, trächtige Kälber 80 000—100 000 M., Schweine pro Paar 8000—10 000 M. Der Handel war flau. — Dem Obstmarkt war Obst in reichlicher Menge zugeführt. Mostobst kostete 180—220 M., Mostbirnen wurden schon um 140 M. verkauft, Tafelobst 200—450 M.

18)

### Der E-Bund.

Eine Erzählung für Christkinder vom Verfasser des „armen Heinrich“.

Nun möchte ich gerne wissen, liebe Leser, was ihr zu der Sache denkt, ob ihr wünscht, daß die Leute den Schatz finden möchten, oder ob ihr ihnen das Gegenteil wünschen würdet. Weil ich aber eure Antwort doch heute nicht erfahren kann, denn keines von euch weiß ja, daß ich diese Geschichte schreibe, so will ich euch in diesen an den Stalladen in der Niemannshöhle führen. Sieht euch niemand, denn es ist Nacht. Rudi, Gundel und ihr Mann sind an der Arbeit auf dem Kapellenberge, und die beiden Mädchen liegen nebeneinander auf dem Stroh, können aber nicht schlafen, weil sie den Tag über, wo die Alten ausruhen, auch geschlafen haben. Glücklicherweise plagt sie diesmal der Hunger nicht, was sonst nicht selten vorkommt; der Müller gibt ihnen täglich Milch und Brot genug, denn er hofft auch auf einen Anteil an dem großen Fund. Se Rettel, wachst du? ruft die Eine. Freilich, erwiderte sie; das Stroh ist gut; aber ich hab heute schon zu viel geschlafen. Du mußt ja krank sein, sonst wärst du nicht so schlafend, sonst glaubens die Leute nicht. Ei laß sie glauben, was sie wollen; ich schlaf wenn mirs schmeckt. Aber hör Franzel, was machen denn unsere Alten droben auf dem Berg? Was werden sie machen? Geld herausgraben. Wo kommt denn das Geld her? Was weiß ich das! frag wo's hinkommt. Unser Alter wirds wieder verkaufen, wie ers allemal macht, wenn er etwas hat; und dann kriegen wir Schläg und die Mutter auch, wenn sie uns helfen will. O manchmal kriegt er auch, wenn sein Zopf recht lang ist, daß er nicht mehr recht auf den Füßen stehen kann, wie eine zweibeintige Kugel. Wenn sie nur recht viel finden täten, dann hätten wir doch auch etwas davon. Nun was hätten wir denn? Da Schuhe und Strümpfe und ein rotes Kleid und ein Paar Ohr-

ringe bis auf die Achsel, weißt wie die kleine Salme, wo ihr Vater das große Los in der Lotterie gewonnen hat. Nun, und was tüt uns das nützen? Wie du auch fragst magst Du gingst doch lieber in Schuhen als barfuß und lieber in schönen Kleidern als in solchen Fellen, wo man uns immer für Zigeunerkinde hält; und der Esel würd auch abgeschafft und wir täten dann in der Rutsche fahren. Weiter weißt du nichts? Da wüßt ich noch Besseres. Hörst du, Rettel, ich sag dir's allein; aber ich mücht gern lesen lernen, wie die Kinder in der Stadt, dann hätt ich nicht soviel Langeweile und würd geschickter als ich bin. Ich mücht geschickter sein als der Vater und als die Mutter und als der Rudi. Dann ging ich durch und sie würden mich nicht mehr finden. So und mich tätest du sitzen lassen? Rannst ja auch mit. Wenn nur ich einmal recht geschickter wär, ich wüßt dir schon auch durchzulesen. Aber von was denn leben? Meinst ich mücht beteln mein Leben lang. O wie du auch so dumm rauschwäzst! Wenn sie das viele Geld finden, dann nehmen wir davon und können alles kaufen, was wir brauchen. Ja, die geben dir nichts davon, die werdens schon verstecken. Wenn ich aber geschickter bin als sie, dann find ichs auch, sie mögens verstecken wo sie wollen. Ja wenn. Weißt du was, seht wollen wir schlafen und uns was Gutes träumen lassen, vom Reichwerden und vom Lesenlernen und vom Durchgehen; und wenns uns etwas böses träumt, so ist's doch beim Aufwachen nicht wahr.

Franzel hat sich schon aufs Ohr gelegt, und ließ bald die Schlafmüde hören, Rettel folgte ihr nach, und als sie aufwachten, war schon heller Morgen, und die fleißigen Schatzgräber lagen bereits neben ihnen im Schlafe. Nachdem ihr nun das Gespräch der beiden Kinder gehört habt, könnt ihr vielleicht eher beurteilen, obs ihnen zu wünschen ist, daß der Schatz gefunden werde. Zugleich werdet ihr euch hoffentlich angetrieben fühlen, dem himmlischen Vater zu danken, daß er euch keine solche Eltern

gegeben hat, daß ihr das Glück einer christlichen Erziehung geniehet, vermöge welcher ihr vor diesen armen, verwahrlosten und rohen Kindern so viel voraus habet. Womit habt ihr diesen Vorzug verdient?

Wir wollen die Alten graben lassen und weiter ziehen. Ich denke, ja; werden schon erfahren, ob sie etwas gefunden haben oder nicht. Unterdessen sehen wir uns nach Theodor um, den wir ganz aus dem Gesicht verloren haben. Wenn er wüßt, daß wir uns so lebhaft mit ihm beschäftigen — nun er weiß es freilich nicht, denn er ist ja schon lange tot — aber wenn er noch lebte, und er wüßt es, so würde er vor Verlegenheit ganz schamrot werden, wie der Mann, den ich neulich unter den Händen hatte. Der geht droben auf dem Berg in der Nähe des Herdwegs spazieren in aller Früh, ganz allein, in stiller tiefer Einsamkeit, keine Seele weit und breit. Muß ihm ein kleines Steinchen in den Strumpf gekommen sein, und das kann einen incommoblen, wenns auch nur so groß ist, wie der Diamant eines Glasers, und zudem reizig bald ein Loch in den Strumpf. Er seht sich also an den Nain, zieht die Stiefel aus, und dann den Strumpf, und seht ihn um, damit er das Steinchen, das aber kein Diamant gewesen ist, herauskriege. Dabei sieht er sich immer um, ob ihn niemand beobachtet; er weiß aber nicht, daß ich in der Hospitalküche auf einem Dach stehe und einen Tubus probiere, in welchem mir gerade der Mann mit seinen sorglich umhersehenden Blicken vors Gesichtsfeld kommt und daß ich indiskret genug bin, ihn zu betrachten, bis er weiter geht. Ich konnte den Mann nicht; aber wenn er mir heute auf der Straße begegnete, wüßt ich ihn gleich wieder kennen. Wenn dieser Mann gewußt hätte, daß ich ihn so aufmerksam und genau beobachtete, wie wäre er in Verlegenheit gewesen, wiewohl es ja nichts unrechtes war, was er tat!

Fortsetzung folgt.

